

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbestellung ohne Postgebühren monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Schriftband 5,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetrag.

Inserate kosten die achteigste Nonparillzeile oder deren Raum 1,20 M., Werlanzeige das festgesetzte Wort 50 Pfg., jedes weitere Wort 25 Pfg. Kurzwortzusatz 50 Pfg. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Insetats für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die ersten Friedenswirkungen.

Vor der Aufhebung der Blockade.

London, 11. Juli.

Das Reutersche Bureau erfährt amtlich, daß die Blockade gegen Deutschland in dem Augenblick aufgehoben werden wird, in dem die Urkunden, die die Ratifikation des Friedensvertrages bestätigen, den alliierten und assoziierten Mächten in Paris formell zugegangen sind. Die Aufhebung der Blockade gegen Deutschland hat keinen Zusammenhang mit dem Abschluß von Friedensverträgen mit den anderen kriegsführenden Mächten. Die Aufhebung der Blockade wird notwendig zur Folge haben, daß auch die Handelsbeschränkungen aufgehoben werden.

S Haag, 11. Juli.

Heute geht eine Erklärung der niederländischen Regierung an die assoziierten Mächte ab, in der sie sich damit einverstanden erklärt, daß die holländischen Abmachungen mit den assoziierten Mächten bei der Aufhebung der Blockade automatisch außer Kraft treten.

Der Friede.

Offizielle Mitteilung von der Ratifikation.

Berlin, 11. Juli.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Genève, Legationsrat Freiherr v. Bernner übermittelte dem Ministerpräsidenten Clemenceau am 10. Juli normidtags folgende Note:

„Zuerst Erhellung beziehe ich mich im Auftrage der deutschen Regierung mitzuteilen, daß der deutsche Reichspräsident die Ratifikationsurkunde zu dem am 28. Juni d. J. unterzeichneten Friedensvertrag, dem dazu gehörenden Protokolle und der am gleichen Tage unterzeichneten Vereinbarung über die militärische Besetzung der Rheinlande nach erfolgter Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften des Reichs am 9. Juli vollzogen hat. Die Ratifikationsurkunde ist mit besonderem Eifer nach Versailles abgegangen und wird von mir nach ihrem Eintreffen alsbald unterzeichnet werden.“

Die deutsche Regierung sieht nunmehr einer Mitteilung über die Aufhebung der von den alliierten und assoziierten Mächten gegen Deutschland verfügten Blockademaßnahmen entgegen. Sie gibt sich ferner der Erwartung hin, daß nunmehr auch die Heimbefreiung der deutschen Kriegsgefangenen unverzüglich in die Wege geleitet wird, und bittet, ihr auch hierüber baldmöglichst eine Nachricht zugehen lassen zu wollen.“

Die Ueberreichung des österreichischen Vertrages.

Versailles, 11. Juli.

Die Ueberreichung des Friedensvertrages an die österreichische Delegation hat sich wiederum verzögert. Sie kann frühestens am kommenden Mittwoch erfolgen.

St. Germain-en-Laye, 10. Juli.

Staatskanzler Renner ließ dem Ministerpräsidenten Clemenceau eine Note überreichen, in der gegen die Bestimmung des deutsch-österreichischen Wohnrechts durch die Friedensbedingungen Einspruch erhoben wird. Weiter wendet sich die Note dagegen, daß nach den Friedensbedingungen der Schiffspack der österreichischen Schiffahrtsgesellschaften und ihre Anlagen aufgehoben und gegen Entschädigung abgelöst werden sollen. Dies bedeute praktisch eine Vereinnahmung des Donauverkehrs. Die deutsche Regierung wird sich bemühen, sich Nahrungsmittel und Rohstoffe zu beschaffen.

Verhandlungen mit den Bulgaren.

Versailles, 11. Juli.

Die alliierten und assoziierten Regierungen haben die bulgarische Regierung aufgefordert, zum 25. Juli eine Friedensdelegation nach England, Les Bains zu entsenden.

Der Proteststreik in Frankreich.

Am 21. Juli fahren keine Züge.

Rotterdam, 11. Juli.

Nach dem „Daily Telegraph“ werden am 21. Juli in ganz Frankreich, Elsass, Lothringen, Tunis und Algier keine Züge fahren. Auch die Post- und Telegraphenangehörigen werden streiken und wollen damit abschließen, wenn die Tourneen und Besuche nicht...

teig. Ferner werden die Bauarbeiter, Metallarbeiter, Gasarbeiter und Bergarbeiter am Streik teilnehmen.

Paris, 11. Juli. (Sabas.)

Der Minister der Öffentlichen Arbeiten hat dem Ministerrat den Text eines Aufrufs an die Eisenbahner vorgelegt, die dem Streik am 21. Juli zustimmen. Diejenigen Angehörigen der gegenwärtig unter den Fährten stehenden Klassen, die ihren Posten verlassen haben, werden den Militärbehörden zur Verfügung gestellt, die sie zu ihren Truppen juristisch werden, oder sie werden disziplinarisch bestraft. Die Angehörigen demobilisierter Klassen können von dem Kriegsgericht gestraft werden.

Generalkrieg der Pariser Gastwirtschaften.

Versailles, 11. Juli.

Die Kellner und die Angestellten der Pariser Kaffee-, Gasthäuser und Wirtschaften haben den Generalkrieg beschlossen, der von heute ab in Kraft tritt. Sie verlangen unter anderem den Achtstundentag.

Hafenarbeiterstreik in Finnland.

Helsingfors, 11. Juli.

In Helsingfors ist ein Ausstand der Hafenarbeiter ausgebrochen und droht sich auf Abo und andere Hafenstädte auszudehnen. Die Arbeiter fordern den Achtstundentag und Lohnerhöhung.

Zölle in England.

Amsterdam, 10. Juli.

Bei Beratung des Finanzgesetzes im englischen Unterhaus schlug Chamberlain einen Zusatz vor, der das Recht gibt, die Reichsvorzugszölle auf jedes Gebiet auszubehnen, in dem ein Teil des britischen Reiches Mandatar des Völkerbundes wird, vorausgesetzt, daß die Bestimmungen des Mandats diese Ausdehnung gestatten. Der Zusatz wurde mit 166 gegen 68 Stimmen angenommen. Die Vorlage über die Reichsvorzugszölle wurde mit 271 gegen 62 Stimmen angenommen.

Aufhebung des königlichen Bluturteils.

König, 11. Juli.

Das Gericht der 69. Infanterie-Brigade hatte am 9. Mai dieses Jahres acht Soldaten des 179. Infanterie-Regiments zum Tode und 41 weitere Angehörige dieses Regiments zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt. Das Urteil wurde seinerzeit aufgehoben. Gestern fand vor dem gleichen Gericht eine abermalige Verhandlung statt. Der Soldat Utecht wurde wegen Aufstehung, Meuterei und zweifachen Ungehorsams zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Von den übrigen 48 Angeklagten wurde eine große Anzahl freigesprochen, andere zu kurzen Gefängnisstrafen verurteilt. Bis auf Utecht wurden alle Angeklagten sofort auf freien Fuß gesetzt.

Die bei der zweiten Verhandlung gefällten Urteile mit, wie unangehörlich die zuerst gefällten Urteile, durch deren Veröffentlichung wir seinerzeit die Aufmerksamkeit auf diesen Fall gerichtet hatten, berichtet der „Vorwärts“ damals, um auf unserer Meinung abzuschwächen, die acht zum schwersten Soldaten hätten die übrigen 42 zu einem Stand gegen die Offiziere verleitet und seien auf Grund des Meutereiparagraphen des Militärstrafgesetzbuches als Rädelsführer verurteilt worden. Wir stellen später auf Grund der uns zugegangenen Berichte fest, daß von einem Ausstand keine Rede sein könne und daß die Angeklagten völlig zu Unrecht beschuldigt und verurteilt worden waren. Das jetzt gefällte Urteil zeigt, daß unsere Feststellungen durchaus zutreffend waren.

Die „Preisfreiheit“ in Hannover.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Hannover, 11. Juli.

Die Schutzhaft über den Klassenpartei ist aufgehoben worden, jedoch wurde ein Verbot wegen angeblichen Landfriedensbruchs erlassen. Das „Vollrecht“ erscheint wieder, aber unter Korrektur.

Die Wahrheit über die Eisenbahnerstreiks.

Von Heinrich Bertel.

Obmann des Zentralrates der Eisenbahner- und Arbeiter-Räte.

Eine vollständig neue Erscheinung auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit bilden die in den letzten Monaten an verschiedenen Stellen des Reiches zum Ausbruch gekommenen Eisenbahnerstreiks. Diese Streiks, die bis jetzt nur als Lokalkaktionen in Erscheinung traten, lassen erkennen, daß eine tiefgehende, innere Bewegung unter den Eisenbahnern, Arbeitern wie Beamten, vorhanden sein muß. Bei der ungeheuren Bedeutung, die der Eisenbahn für unser gesamtes Wirtschaftsleben zukommt, ist es natürlich, daß dieser Bewegung von allen Seiten, nicht nur von Seiten der Regierung, erhöhte Aufmerksamkeit entgegengebracht wird.

Denn von allen wirtschaftlichen Kämpfen, die geführt werden, rufen gerade die Eisenbahnerstreiks die schwersten Erschütterungen unserer Volkswirtschaft hervor.

Was liegt näher als die Frage, wie können die Eisenbahnerstreiks verhindert oder unterdrückt werden? Es wäre aber die Lösung dieser Frage nur ein müßiges Beginnen, wollte man die Hauptfrage, was sind die Ursachen der Streikbewegung unter den Eisenbahnern, außer acht lassen. Eine Krankheit läßt sich nicht heilen, indem man ihre Erscheinungen zu behandeln sucht, die Ursache muß ergründet und beseitigt werden.

Man ist allzu leicht geneigt, die Ursachen des Eisenbahnerstreiks auf mangelndes Pflicht- und Verantwortungsgefühl der Eisenbahner gegenüber der Allgemeinheit zurückzuführen. Auch wird der Vorwurf gegen die Eisenbahner erhoben, daß sie sich nur von materiellen Gesichtspunkten leiten lassen und Konjunkturpolitik treiben.

Set man es doch schon fertig gebracht, die Eisenbahner als Revolutionsgewinnler zu bezeichnen. Daß die materielle Seite bei der Bewegung der Eisenbahner zunächst in den Vordergrund trat, ist nur allzu sehr begreiflich. Gehörten doch die Eisenbahner vor und während des Krieges zu den am schlechtesten entlohnten Gruppen aller Berufs- und Erwerbszweige. Das Streben der Eisenbahner nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse war und ist nach Lage der Sache vollaus berechtigt.

Auch die Forderungen der Eisenbahner, die in letzter Zeit von Arbeitern und Beamten gestellt wurden, sind nicht als übertrieben und unberechtigt zu bezeichnen. Neuerdings treten sogar die materiellen Forderungen immer mehr in den Hintergrund. Abbau der Preise für alle Artikel der Lebenshaltung, Mitbestimmungsrecht, Demokratisierung der Verwaltung und Betriebe, ist der Wunschzettel der Eisenbahner.

Die beiden letzten Forderungen gipfeln in der Einführung des Räte-systems auf Grund der Richtlinien des Deutschen Eisenbahner-Verbandes und des Zentralrates der Eisenbahn-Arbeiter-Räte. Diese Richtlinien sehen die Bildung von Betriebsräten bei den Leitern, Bezirksräten bei den Direktionen und eines Zentralrates bei dem Ministerium vor. Durch diese Einrichtungen soll den Arbeitern und Beamten ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht in allen Betriebs- und Verwaltungsangelegenheiten, soweit dieselben sich aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis sowie dem Produktionsprozeß ergeben, gewährleistet werden. Eine vollständige Erneuerung unseres gesamten Verwaltungsapparates, nicht von oben, sondern von unten, soll durch die Einführung des Räte-systems bewirkt werden.

Die Arbeiter und Beamten wollen nicht nur Objekt, sondern Subjekt sein. Allen diesen Forderungen gegenüber nahm die Regierung bis heute eine durch nichts gerechtfertigte ablehnende Haltung ein. Wohl hat die Regierung angekündigt, einen Preisabbau vorzunehmen und zu diesem Zweck 1 1/2 Milliarden aufzuwenden. Dieser Preisabbau wurde von der Regierung den Vertretern der Eisenbahner bzw. den Organisationen schon bei den Verhandlungen im Mai zugesagt, aber erst jetzt, unter dem Druck der nun eingetretenen Ereignisse, sieht sich die Regierung gezwungen, die Einführung ihrer Reformen zu beschleunigen.

Wesentlich der Forderung auf Einführung des Räte-
systems auf Grund der Richtlinien, wie sie auf der General-
versammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes in
Jena beschlossen wurden, nimmt die Regierung eine
Stellung ein, die jedes Verständnis für den Geist der neuen
Zeit vermissen läßt. Eine Interessensvertretung, wie sie die
Regierung schaffen will auf der Grundlage der Verordnung
vom 23. 12. 1918, ist keineswegs geeignet, die berechtigten
Ansprüche der Eisenbahner auf Mitbestimmungsrecht zu
befriedigen. Die durch die Revolution frei gewordenen
Kräfte drängen auf Entlastung und Mitbestimmung. Es
wäre Pflicht einer weisen, vorausschauenden Regierung,
durch verständnisvolles Entgegenkommen diese Kräfte in der
Entscheidung nicht zu bremsen, sondern diese für das
Allgemeinwohl nutzbar zu machen, um so
Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens zu vermeiden.
Statt dessen verfährt man mit Eifer, diese Kräfte möglichst
einzudämmen und an der Auswirkung zu verhindern. Die
Revolution, die wohl den Sturz der monarchisch-militä-
rischen Regierung herbeiführte, ließ jedoch in der Verwal-
tung den alten verkrüppelten Geheimratsapparat voll-
ständig unberührt. Es ist unübersehbar, daß auch die neue
Regierung dem Einfluß der Geheimräte unterliegt. Jede
freiheitsliebende Bewegung wird im Stiche gelassen und
verdrängt. Dies alles trägt nicht dazu bei, das Vertrauen
der Eisenbahner zu der Regierung zu stärken. Es ist
bedauerlich, wenn der Eisenbahner von dem Koalitionsrecht
Gebrauch macht und zur Selbsthilfe greift.

Der über vier Jahre währende Krieg hatte den
Zusammenbruch unseres gesunden Wirtschaftslebens im
Gefolge. Die kriegslose Wirtschaft trieb nicht nur
Raubbau mit der menschlichen Arbeitskraft, auch die
materiellen Werte, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen usw.
wurden für die vollständig sinnlosen unproduktiven Kriegs-
zwecke in geradem verbrocherlicher Weise verschwendet und
vernichtet. Die Eisenbahner ganz besonders hatten die
Wirkungen dieser unseligen Kriegswirtschaft am eigenen
Leibe zu spüren bekommen. Sie waren nicht in der Lage,
zur Verbesserung ihrer fiestraurigen Lohn- und Arbeits-
verhältnisse etwas zu unternehmen. Die Fesseln des
reaktionären Systems der Eisenbahnverwaltung machten
jeden Versuch einer freien Aktion unmöglich. Nun die
Eisenbahner sich eine mächtige Organisation geschaffen und
durch die Revolution die Koalitionsfreiheit erhalten haben,
ist es nicht zu verwundern, wenn sie von ihrer Freiheit und
Macht Gebrauch machen und ihre Rechte durch das Mittel
des Streiks zu erlangen suchen.

Diese explosiven Ausbrüche eines unterdrückten, nach
Mitbestimmung und Mitbeteiligung ringenden Willens,
können vermieden werden, wenn die Regierung es versieht
würde, durch ihre Handlungen sich das Vertrauen der Eisen-
bahner zu erwerben. Verweigerung der Koalitionsfreiheit
durch Streikverbote, Drohungen mit Entlassungen
usw. sind nicht geeignet, das Vertrauen zur Regierung zu
heben. Ebenso trägt es nicht zur Hebung des Vertrauens
bei, wenn ein Abgeordneter und noch dazu ein Demokrat er-
klärt, die Revolution habe den Staatsbeamten und Arbeitern
zu viel Rechte gegeben. Das Streikrecht könne den Staats-
beamten unter keinen Umständen zugesprochen werden und bei
Anstellung und Beförderung dürfe den Beamten ein Mit-
bestimmungsrecht nicht eingeräumt werden. Wenn außer-
dem in der Nationalversammlung über die Eisenbahner-
bewegung der Landesparlamentarier und Wahl des Wortes Prä-
sident, Obmann oder Wortführer Stunden- und Tagelang be-
harrt wird, kann das Vertrauen zur Regierung nicht
gestärkt werden.

Die Regierung versucht mit Fleiß, die Eisenbahner-
bewegung als eine rein politische zu stempeln, die als
Endziel den Sturz der Regierung bezweckt. Die Ursachen
der bisherigen Streiks waren rein wirtschaftlicher
und ideeller Natur. Mit „unabhängig-kommun-
istischer Entschlossenheit“ hat die Eisenbahner-
bewegung nichts zu tun. Wenn die Bewegung poli-
tischen Charakter annehmen sollte, dann nur durch die
Schuld der Regierung selbst. Eine jede Regierung hat
den die Zustände, die sie verdient.

Es ist ersichtlich, wie versucht wird, durch tendenziöse
inoffizielle Brehnberichte die Öffentlichkeit über die wahren
Absicht und Ziele der Eisenbahnerbewegung irre zu führen.
Bong besonders der Zentralrat der Eisenbahnarbeiter
muß die Freude der Verständigung kübelweise über sich er-
gießen lassen. Dieser Zentralrat, der von der Eisenbahn-
verwaltung mit breitem Besagen als wilde, selbst von den
Organisationen nicht anerkannte Einrichtung bezeichnet
wird, soll in geheimnisvollen Beziehungen zu der kommuni-
stischen Partei stehen und die Aufgabe haben, durch Ver-
breitung kommunistischer Flugblätter die Weltrevolution zu
fördern. Wirklich eine „wilde“ Einrichtung, die mit allen
erlaubten und unerlaubten Mitteln bekämpft werden muß.
Dieser vielschichtige Zentralrat, der in Wirklichkeit
eine anerkannte Einrichtung des Deutschen
Eisenbahner-Verbandes, der größten Eisen-
bahner-Organisation mit über 400 000 Mitgliedern ist, hat
die Aufgabe, für die Demokratisierung der Verwaltung und
Betriebe durch Einführung des Räte-systems zu wirken.

Falls noch bei der Regierung Unklarheit über das Ver-
hältnis zwischen Zentralrat und Organisation herrschen soll,
so wird die nächste Generalversammlung des Deutschen
Eisenbahner-Verbandes, die jedenfalls sehr bald stattfinden
wird, die nötige Klarheit schaffen. Im Interesse der Wieder-
gewinnung unserer Volkswirtschaft wäre es dringend er-
wünscht, daß die Regierung den berechtigten Forderungen
der Eisenbahner volles Verständnis entgegenbringen würde.
Wenn die Regierung nicht versteht, die Zeichen der Zeit zu
deuten, so wird unser Wirtschaftsleben von neuen gewal-
tigen Erschütterungen nicht verschont bleiben. Man rede
nicht davon, daß die Eisenbahner nicht das richtige Verständ-
nis für die Not unserer Volkswirtschaft be-
sitzen. Dieses Verständnis ist bei den Eisenbahnern in
overtreffendem Maße vorhanden. Aber kein Verständnis
hat man z. B. dafür, daß seit Auflösung des alten Militarismus
für die Schaffung eines neuen Militarismus 10 Mil-
liarden Mark verausgabt wurden. Wenn man also den
Eisenbahnerstreik wirksam entgegenzutreten oder sie verhin-
dern will, so beseitige man zunächst die Ur-
sachen, die zu diesen Streiks führen. Durch Gewalt-
maßnahmen und Verleumdungen ist dies Ziel nicht zu er-
reichen. Nur verständnisvolles, dem Geist der Zeit Rech-
nung tragendes Entgegenkommen bezüglich der berechtigten
Forderungen der Eisenbahner kann für die Zukunft ein ge-
sundliches Zusammenarbeiten zwischen Verwaltung und Ar-
beitern sowie Beamten gesichert werden.

Rechtssozialistischer Banterott in Sachsen.

Die rechtssozialistische Regierung in Sachsen hat ihren
Banterott angemeldet. Sie war **erstlich** von Anfang an
brüchig und wenn sie nicht schon längst zusammengebrochen
ist, so lag das weniger an der Festigkeit des rechts-
sozialistischen Regierungswesens, sondern lediglich daran,
daß weder die unabhängige Sozialdemokratie noch die
rechtsstehenden Parteien bisher Lust hatten, die Verwaltung
des Chaos, das von den Rechtssozialisten in Sachsen ver-
anstaltet worden ist, zu übernehmen. In der jüngsten Zeit
sind die Schwierigkeiten für die Herren um Gradnauer je-
doch so groß geworden, daß sie sich nach allen Seiten um Hilfe
umsehen. Sie klopfen bei den Demokraten an, die in
Sachsen eine besonders üble Nummer sind, bekamen aber
von dort einen Korb. Es blieb ihnen nichts übrig, als zu
unserer Partei zu kommen. Man kann sich vorstellen, unter
welchen seltsamen Qualen die Kompagnie Gradnauer an die
Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie herangerufen
ist; denn es gibt wohl keinen zweiten Bezirk in ganz Deutsch-
land, in dem der Kampf der Rechtssozialisten gegen unsere
Partei mit mehr Hülfe und Beworfenheit geführt wird,
als in Sachsen. Es wurden Verhandlungen angeknüpft, die
indessen ohne Ergebnis verlaufen sind. Darüber unter-
richtet das folgende Telegramm:

Dresden, 11. Juli.

Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Volkskammer-
fraktion mit der Unabhängigen Fraktion wegen der Neubildung
der sächsischen Regierung sind ergebnislos verlaufen.
Die Unabhängigen stellen für ihre Beteiligung an der Regierung
drei Bedingungen: Parität bei der Besetzung der
Ministerposten, Einführung des Räte-systems und Bildung
eines Arbeiterrates, also eines gewissen Nebenparlamentes.
Die sozialdemokratische Fraktion glaubte, auf diese Bedingungen
nicht eingehen zu können. Da gegenwärtig auch die
demokratische Fraktion keinen besonderen Wert mehr auf den
Eintritt einiger ihrer Mitglieder in die Regierung legt, wird die
jetzige Rechtssozialistische Regierung vorläufig am Ruder blei-
ben. Im Laufe des August sollen jedoch die Besprechungen
der Parteien behufs Umbildung der Regierung von neuem
aufgenommen werden.

Nur Erklärung dieser Meldung sei die Bekämpfung des
Kabinetts Gradnauer kurz geschildert. Die Wahlen zur
sächsischen Volkskammer ergaben, wie das in dem stark in-
dustriellen Sachsen nicht anders zu erwarten war, eine be-
trächtliche Mehrheit der Rechtssozialisten und der
Unabhängigen Sozialdemokraten. Nach dem Zusammen-
tritt der Kammer waren beide Fraktionen einig, daß ein
rein sozialistisches Ministerium zu berufen sei. Unsere Partei
stellte eine Reihe Bedingungen, von deren Annahme der
Eintritt in das Ministerium abhängig gemacht wurde. Diese
Bedingungen mußten gestellt werden, weil unsere Genossen
vorher, als die Regierung noch von Volksbeauftragten
geführt wurde, außerordentlich ungünstige Erfahrungen mit
den Rechtssozialisten gemacht hatten. Die Rechtssozialisten
lehnten einige wichtige Bedingungen ab oder änderten sie
durch zweideutige Fassungen fast bis zur Unkenntlichkeit
zu vermindern. Das konnte unsere Partei nicht mitmachen,
die unabhängige Fraktion lehnte einmütig die Beteiligung an
der Regierung ab. Die Rechtssozialisten bildeten nunmehr
allein die Regierung, unsere Fraktion erklärte, daß sie die
Regierung unterstützen würde, wenn und solange diese eine
wirklich sozialistische Politik mache. Davon war aber wenig
zu merken, die Regierung Gradnauer blieb untätig auf dem
Gebiete der Sozialisierung, sie machte den Bürgerlichen eine
Konzeption nach der anderen, sie trübte ihre arbeitserindliche
Politik durch die Verhängung des Belagerungszustandes über
ganz Sachsen, kurzum, es mußte zu immer schärferen Gegen-
sätzen zwischen den beiden sozialistischen Gruppen kommen.
Die Rechtssozialisten sind durch ihre halboffene Politik in
eine Abwärtskurve gekommen, durch eigene Schuld stehen
sie jetzt vor dem Banterott.

Wie ist ihre Lage jetzt? Entweder sie müssen ihre bis-
herige arbeiterräterische Politik vollständig aufgeben, sie
müssen sich auf ein festes sozialistisches Programm ver-
pflichten, um das Zusammenarbeiten der Unabhängigen So-
zialdemokratie mit ihnen zu ermöglichen, oder aber sie
müssen sich vollends an die bürgerlichen Parteien ver-
kuppeln und die sozialistische Grundfäße gänzlich aufgeben.
Das erste wollen sie nicht, sie haben sich zu weit auf ihren
Irrwegen verlaufen. Das zweite dürfen sie nicht, denn
schon jetzt haben sie einen sehr großen Teil ihrer bisherigen
Anhänger verloren, sie müssen befürchten, daß ihre Partei
auf ein winziges Häuflein zusammenzusinken wird, wenn sie
den Pakt mit den Bürgerlichen abschließen. Die „Leipziger
Volkzeitung“ schrieb vor einigen Tagen, als die Rechts-
sozialisten an unsere Genossen mit dem Ersuchen um Ver-
handlungen herantraten, folgendes:

Es fragt sich nun: Ist eine aus den beiden sozialdemokrati-
schen Parteien gebildete Regierung möglich? Die Frage wäre
an sich nicht zu verneinen. Freilich müßten eine Reihe von Vor-
bedingungen erfüllt sein, die den Mehrheitspartei nach allem,
was vorgefallen ist, nicht ganz leicht werden dürften. Die erste
Voraussetzung wäre natürlich die sofortige Aufhebung des
Belagerungszustandes und der Schußhaft, sowie eine Amnestie
wegen politischer Vergehen. Ohne das wäre ein Verhandeln
ausgeschlossen und zwecklos. Ferner aber wäre ein helles
Bekennen zu einer wirklich sozialistischen Politik im Sinne
des von uns bereits früher zur Bedingung gemachten Programms
nebst einer Reihe weiterer Sicherungen unerlässlich.

Die oben wiedergegebene offizielle Meinung gibt andere
Bedingungen an, als sie von der „Leipziger Volkzeitung“
genannt worden sind. Unser Parteiblatt hat vorausgesetzt,
daß die Regierung Gradnauer die Bedingungen nicht an-
nehmen würde und sie hat Recht behalten. Was unsere
Parteiangehörigen fordern, das sind nichts anderes als die
Voraussetzungen für eine wirklich sozialistische Politik.
Über die rechtssozialistische Parteiführung in Sachsen will
keine sozialistische Politik treiben. Herr Gradnauer, der
Ministerpräsident, hat wiederholt zum Ausdruck gebracht,
daß er mit den bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten wolle.

Wenn die Durchsetzung einer wirklich sozialistischen
Politik überhaupt möglich ist, so in Sachsen; hier haben die
beiden sozialistischen Parteien die Mehrheit. Selbst der
berühmteste Verfechter der bürgerlichen Scheinsozialisten
Sonne sich dabei nicht über die Verleumdung demokratischer Prin-

zipien belagern. Aber es zeigt sich eben, daß die Rechts-
sozialisten keine sozialistische Politik treiben wollen, daß
sie eher den Untergang im bürgerlichen Wahnsinn haben
als daß sie zu sozialdemokratischen Grundfäßen zurück-
kehren. Für Sachsen ist die Situation jetzt so, daß die
Ministerkrise zum Dauergestande wird, wie die „Leipziger
Volkzeitung“ treffend schreibt, der
Unwille des Proletariats seinen Tisch macht und eine
Rechtssozialistische Regierung schafft“.

Reifungsversuche.

„... geistig nicht völlig normal.“

Unsere gestrigen Mitteilungen über den Attentats-
versuch des Leutnants v. Simonis gegen Radel haben
überall das größte Aufsehen erregt. In der Mittags-
Abendresse wurde „von zuständiger Stelle“ mitgeteilt, daß
unser Bericht im großen ganzen den Tatsachen
entspricht. Allerdings, hieß es entschuldigend weiter,
gelte der Attentäter in seinem Bekanntenkreis als
„geistig nicht völlig normal“.

Nach dem ersten Eingangsbericht der Wahrheit folgen
indessen sofort die üblichen amtlichen Mitteilungen. Ein
Korrespondent verbreitet eine offenbar von inter-
essierter Seite stammende Darstellung, wonach Leutnant
v. Simonis nicht etwa ein Attentat geplant habe, sondern
lediglich prüfen wollte, — ob die Beamten im Polize-
genauis einer Besetzung ausginglich seien.
Zu diesem Reklamierversuch kann man nur sagen: Ja,
sachen ja die Führer!

Wie dieselbe Korrespondenz mitteilt, dürfte die
Anklage gegen Leutnant v. Simonis auf Mordversuch
versucht die Festsetzung und Ungehorsam lautend.
Damit sucht man vorläufig die öffentliche Meinung zu
beschäftigen; ein Hintergedanke für den „erzenträgen“
an „nervöser Ueberreizung leidenden“ Herrn Leutnant
weiterhin leicht gefunden. Die Hauptform der militä-
rischen Stellen ist augenblicklich auf die Entlastung des
Kamerads kommandierten Oberleutnants (jetzt Hauptmann)
v. Kessel gerichtet. Die „Vol. Parl. Nachr.“ des Herrn
Hofrichter leben sich für Herrn v. Kessel — ebenso wie
den Wörder Kommit — auf das wärmste ein. Sie schreien
aber damit die Tatsache nicht aus der Welt, daß Leutnant
v. Simonis noch seiner Verhaftung Herrn v. Kessel
telefonische Mitteilung zukommen lassen wollte, daß
die Zusammenhänge des geplanten Verbrechens auf
den Kessel auf. Nicht der Regierung ist es nun,
reflektierte Auffklärung des Falles an sorgen und
die Mordversuche im Strafbuchrecht fest einzuzeichnen.

Dabei die Regierung, daß die interessierten mili-
tären Stellen ihre Täuschungsmanöver fortsetzen,
macht sie sich nicht an der Verantwortung der hinter
v. Simonis stehenden Offizierskreise.

Emonts und anderes.

Die Staatsanwaltschaft hat bestritten, daß die Ver-
haftung von Emonts mit seiner Verbandstätigkeit in irgend
einem Zusammenhang stehe; sie hat sie vielmehr auf
einen Verdacht des Hoch- und Landesverrats zurück-
führen versucht. Demgegenüber sei folgendes festzuhalten:

Wegen Hoch- und Landesverrats hat die Staatsan-
waltschaft den Haftbefehl gegen Emonts überhaupt nicht
beantragt, sondern nur wegen Auftrahs (§§ 114,
Str.-G.-B.). Erlassen hat das Amtsgericht den Haftbefehl
über auch nicht einmal wegen Auftrahs, sondern wegen
Geheimbündelei und Aufreizung zu
Klassenhaß (§§ 129—130 Str.-G.-B.). Den wahren
Anlaß zum Haftbefehl haben also gerade die Stellen
des Emonts-Briefes gegeben, die seine Tätigkeit im
Interesse des Verbandes betreffen. Hiermit steht auch
Einklang der gleichzeitige Versuch einer Inhaftnahme
Morg. Daß diese Bestimmungen zu den verbotenen
unseres Strafgesetzbuches gehören, die selbst unter dem
helminischen Regiment jahrzehntelang nicht aus
Paragrafenschnal hervorgeholt worden sind, sei
nebenbei erwähnt. Dazu kommt noch ein anderes,
Wichtiges: Die Staatsanwaltschaft steht nach ihrer bestimm-
ten Versicherung mit der Veröffentlichung des Emonts-Briefes
in keiner Verbindung. Da die Papiere, unter denen
Brief gefunden wurde, auf Veranlassung der
Staballee-Schützen-Division beschlagnahmt worden waren,
diese also allein außer der Staatsanwaltschaft im
Besitz des Briefes war, so muß demnach die Veröffentlichung
die politische Abweilung dieser Truppen zurückzuführen
werden. Daraus ergibt sich aber weiter, daß mit der
Öffentlichung bestimmte politische Ziele verfolgt
werden. Sie liegen auch offen zutage. Einmal soll die
Fassung zu stärken, daß ihre Interessen solidarisch seien
denen der Drahtzieher unserer jetzigen Politik, so daß
gegenüber Milde am Blase sei. Gleichzeitig aber will
bei ihren Vorkämpfern den Massen erwecken, als habe auch
deutsche Proletariat jetzt seinen Hauptfeind in dem
allgemein der Entente. Nur zu diesem Zweck sucht man
den Genossen Theodor Viehbach in die Wäre hinein-
zuführen, dessen Namen als so ziemlich einwärtig in dem
genannt wird. Man will so den Eindruck erwecken,
siehe auch dieser hinter der im Brief geschilderten Tätigkeit
von Emonts, während er ihr in Wahrheit vollständig
steht. Diesem Manöver muß mit aller Entschiedenheit
gegengetreten und wider betont werden: Alle revolutionä-
ren Parteien Deutschlands wissen, daß der Befehl
der Welt voranzutreiben muß die Befreiung Deutschlands
von dem Joch des Militarismus und der
unter den es noch immer fest, jetzt schwerer als je,
daß nicht nur das internationale Proletariat, sondern
ganze zivilisierte Welt gleichmäßig an der Befreiung
verrotteten Westes interessiert sind, der die herrschende
Massen Deutschlands befeht und die ganze politische
sittliche Atmosphäre, in der wir leben, vergiftet.

Zum Bestehen der demokratischen Fraktion in der
Nationalversammlung wurde der Wg. Schiffer gewählt.
Berichtigung. Im gestrigen Reichstagsbericht ist es, daß
Staat gegenwärtig der größte Gläubiger sei. Es muß natür-
lich, aus dem Zusammenhang ersichtlich sein, der
Ehr. Wg.

Werte
wird
moch
und
tung
Arbei
der
Zer
wird
ung
sich
inge
werd
beit
als
an
man
Stab
wage
hat,
nach
W
Arb
gen
gege
wird
Arbei
Famili
haft
e
näher
gleich
Erwer
sich
an
Lump
Bele
für
Di
einges
Rat
die
und
D
an
Wille
Regi
losten
Et
lang
er
Lohn
für
1/4
die
Nach
vom
eine
Es
fin
eine
als
an
werd
Di
die
läge
De
meine
wenden
braude
und
S
forgen.
D
ge
geteil
400
wir
St
für
des
die
selbst
außer
um
we
werd
D
Er
wird
Verlo
mitt
besser
das
befond
Verlag
Abt

Das Elend der Erwerbslosen.

Von einem Arbeitslosen erhalten wir die nachfolgende Darstellung der traurigen Verhältnisse der Arbeitslosen, die zeigt, eine wie erbitterte Stimmung in diesen Kreisen die Unfähigkeit der Regierung geschossen hat.

Während sich die Arbeiter, die in Arbeit stehen, mit dem Mute der Verzweiflung gegen die fündige Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage wehren können, sind die Arbeitslosen machtlos jeder Willkür preisgegeben. Das weiß diese Regierung und ihre Hintermänner und daher kommt ihre ablehnende Haltung den Arbeitslosen gegenüber. Die Vorwürfe gegen die Arbeitslosen, sie seien arbeitslos, sind unberechtigt.

Die große Masse der Arbeitslosen ist nicht arbeitslos, sondern verliert sich hauptsächlich nach Arbeit. Bei vielen ist sogar die Lösung: Arbeit um jeden Preis! Wer Gelegenheit hatte, das Leben und Treiben auf den städtischen Arbeitsnachweisen für ungelernete Arbeiter zu beobachten, wer dort gesehen hat, wie sich alles nach Arbeit drängt, wie die glücklichen Ervinger irgendeiner Beschäftigung mit neidischen Blicken verfolgt werden, der wird begreifen, daß die, denen es nicht gelang, Arbeit zu erhalten, empört sein müssen, wenn man sie obendrein als arbeitslos bezeichnet.

Und ein vorzüglicher Kenner dieser Verhältnisse, Dr. Erdmann Graad, Direktor des Arbeitsnachweises der Stadt Berlin, sagte kürzlich in einem Vortrage, daß die überwiegende Mehrzahl der Arbeitslosen den ehelichen Willen hat, zu arbeiten und ernstlich bemüht ist, durch den Arbeitsnachweis Arbeitsgelegenheit zu erlangen.

Warum aber sorgt man nicht in ausreichendem Maße für Arbeitsgelegenheit? Warum löst man die Versprechungen und Geldbitten, die man in der Kriegszeit der Bevölkerung gegeben hat, nicht ein? Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß, Hieß es. Doch jetzt ist die Not der Kriegsteilnehmer, der Kriegstruppen, der Hinterbliebenen von gefallenen Kriegern, der Familien unserer Kriegsgefangenen und der Erwerbslosen wahrhaft entsetzlich. Während man die Regierungstruppen, diese Beschützer des heiligen Profits, gut bezahlt und überaus reichlich ernährt, preßt man jene mit Unterstützungen ab, die Almosen gleichen und läßt sie hungern. Denn weder die Kriegs- noch die Erwerbslosen-Unterstützung reicht für die Betroffenen aus, um sich auch nur die Lebensmittel auf dem Markt kaufen zu können. In Lumpen gehüllt, mit zerfetzten Stiefeln ohne Sohlen, zum Elend abgemagert, so wandern sie einher, ein lebender Beweis für den „Dank des Vaterlandes“.

Die amtlichen Fürsorgestellen Groß-Berlins, die eingeschrieben hatten, daß etwas geschehen müsse, wandten sich seit Monaten an das Ministerium. Ein Besuch um Mietsbeihilfe für die Erwerbslosen lagert schon seit Monaten dort, doch man kam und kam nicht aus dem Stadium der Erwägungen heraus. Die Hauswirte wollen die arbeitslosen Mieter, die von der almosenhaften Erwerbslosenunterstützung die Miete beim besten Willen nicht zahlen können, auf die Straße werfen, und — die Regierung erwägt. Soll sie sich etwa in besondere Unkosten stürzen wegen solcher — Arbeitslosen?

Einem Beauftragten des Reichserwerbslosen-Ausschusses gelang es schließlich einen der nachgeordneten Herren zu stellen, aber er erhielt von ihm die Antwort, daß die Regierung — nicht in der Lage sei, eine Mietsbeihilfe für die Erwerbslosen zu gewähren. Für die freiwilligen Truppen werden Monat für Monat ca. 1 1/2 Milliarden aufgewendet. Ähnliche Stellen gaben am 10. März die Zahl der Erwerbslosen ganz Deutschlands mit 1 040 717 an. Nach vorläufiger Schätzung sind bis auf den heutigen Tag vom Tage des Besehens der Erwerbslosen-Unterstützung an ca. eine Milliarde Mark an die Arbeitslosen gezahlt worden. Es sind also an die freiwilligen Truppen in einem Monat eine halbe Milliarde Mark mehr gezahlt worden als an die Erwerbslosen ganz Deutschlands seit Bestehen der Erwerbslosenunterstützung.

Die Mietsunterstützung würde im Verhältnis zu den Summen, die die Regierung für ihre Schutzwehr aufwendet, nur einen lächerlich geringen Betrag darstellen.

Doch es fällt der Regierung gar nicht ein, die von der Allgemeinheit aufgebracht Gelder in demnütziger Weise zu verwenden. Auf Arbeitslose glaubt sie keine Rücksicht nehmen zu brauchen. Schlimmstenfalls hat man ja noch Maschinengewehre und Handgranaten, um eventuell für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen.

Die Erhöhung des Getreidepreises.

Wie uns aus dem Reichsernährungsministerium mitgeteilt wird, soll der Roggenpreis von 300 auf 400 Mark für die Tonne hinaufgesetzt werden, nicht, wie wir in Nr. 324 mitteilten, von 250 auf 400 Mark. Die wir in Nr. 324 mitteilten, von 250 auf 400 Mark. Die Steigerung beträgt also nicht 150, sondern 100 Mark für die Tonne. In der von uns abgedruckten Rede des Genossen Wurm in der Nationalversammlung waren die Zahlen richtig mitgeteilt worden. In der Tatsache die Zahlen richtig mitgeteilt worden, daß der Getreidepreis ganz selbst ist nichts zu berichtigen, denn auch eine Erhöhung außerordentlich erhöht werden soll, denn auch eine Erhöhung um 33% Prozent des jetzigen Preises muß als maßlos, weite Schichten des Volkes ungeheuer belastend bezeichnet werden.

Aus Weimar wird inzwischen gemeldet, daß der 2. Ausschuss der Nationalversammlung sich gegen die Erhöhung der Getreidepreise erklärt habe. Es wird ferner offiziös mitgeteilt, daß die Gesamtaussicht der Versorgung der Bevölkerung mit den Hauptnahrungsmitteln, Brot, Kartoffeln und Gemüse, als merklich gemindert angesehen sei. Die offiziöse Notiz sagt weiter: „Auch besteht die Gefahr, daß die Preise der Getreidepreise dürfte sich, besonders bei Lohnstreitigkeiten, bald in günstiger Weise

fürhbar machen.“ Ganz abgesehen davon, daß die minderbemittelte Bevölkerung, also der allergrößte Teil des Volkes, an den durch den Getreidehandel vermittelten Gewinnen auch bei den jetzigen Preisen nicht teilnehmen kann, so ist es zum mindesten sehr eigenartig, daß die Regierung dem Getreidehandel, den sie selbst mit hohen Strafen bedroht, jetzt öffentlich anerkennen und dem Unternehmertum einen Wink gibt, den Arbeitern keine weitere Lohnaufbesserungen zu gewähren.

Die Aktion von Beeskow.

Rechtssozialisten billigen die Provokation.

Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin verhängt folgende Erklärung an die Presse:

Die gegen Herrn Dr. von Golz von Pfingsten und Angehörigen der Heilstätten erhobenen Beschuldigungen haben sich in eingehenden, unter Vorsitz des Präsidenten des Reichsversicherungsamts stattgehabten Verhandlungen als völlig grundlos erwiesen. Im übrigen hat der Vorstand die Militärbehörde um Zurückziehung der Truppen ersucht, nachdem in einer beim Vorstande stattgehabten Besprechung, an der auch Vertreter des Vollzugsrats teilnahmen, von den Vertretern der Angehörigen und Pfinglinge die bestimmte Zusicherung gegeben worden ist, daß sie die Gewähr dafür übernehmen, daß Minderjährige die Ruhe und Ordnung in den Heilstätten nicht mehr gefährdet werden wird.

Dieser Darstellung stellen wir folgende Tatsachen entgegen, die uns vom Vollzugsrat übermittelt werden:

Am die sofortige Zurückziehung der Truppen und die Wiedereinsetzung des Arbeiterrates zu ermöglichen, verlangte eine Kommission des Vollzugsrates vom Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin Ausklärung über die ungeheuerlichen Vorkommnisse, über die wir in unserer Donnerstag-Rede ausgeführt bereits ausführlich berichteten. In ihrer Verhandlung machte der Vorsitzende, Dr. Freund, ihr die Mitteilung, daß die Truppen auf einstimmigen Beschluß des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt aufgefördert sind, also auch mit Zustimmung der Arbeitnehmerbeisitzer, um „Ruhe und Ordnung“ wieder herzustellen.

Dieser ungeheuerliche Beschluß ist auf ganz einseitige Information durch Dr. von Golz geschick worden. Dieser hat mitgeteilt, die Patienten und Angehörigen hätte gewaltsam die Tore zum Verwaltungsgelände geöffnet und der Arbeiterrat habe ihn gewaltsam zu einer Verzichtleistung seiner Stellung gezwungen. Die Namen der Arbeitnehmer, die zu einem derartigen unsozialistischen und arbeitserfindlichen Vorgehen ihre Zustimmung gegeben haben, sind die Stadtverordneten und Arbeiterschreiere Ritter, Bräuner, Simanowski, Wurst usw.

Diese Männer, die sich Arbeitervertreter nennen, hatten als Vorstandsmitglieder die Pflicht, an Ort und Stelle durch Rücksprache mit den Patienten und dem Arbeiterrat über die Ursachen der Differenzen sich zu unterrichten. Sie haben das nicht getan, sondern sich auf die Angaben eines Mannes gestützt, auf dem der schwere Vorwurf lastet, den Patienten zustehende Lebensmittel in eigenem Interesse veräußert zu haben. Besonders unangehörig ist die Tatsache, daß es der Sozialdemokrat Ritter gewesen ist, der von dem Reichswehrministerium das Truppenangebot gegen seine Lungen- und Nasenkrankheiten Massengenen angefordert hat. Der Arbeiterrat hat erklärt, daß diese Angaben des Dr. von Golz unrichtig sind, daß vielmehr der objektive Sachverhalt folgender ist:

Dr. von Golz sollte am 20. Juni seine Stellung als ärztlicher Direktor der Heilstätten in Beeskow antreten. Die Patienten und Angehörigen demonstrieren gegen die Einsetzung des Dr. von Golz aus den schon bereits angeführten Gründen. Die Menge war erregt, daß ein derartiger Mann Leiter der Anstalt werden sollte. Die Redner erklärten ihm, daß die Patienten und Angehörigen das größte Mißtrauen gegen ihn hätten. Um Ruhe zu schaffen, forderte der Arbeiterrat Dr. von Golz auf, seinen Posten zu verlassen. Dieser erklärte sich auch dazu bereit, zumal ihm das geforderte Vertrauensvotum von seinen ärztlichen Kollegen verweigert wurde. Der Herr Dr. Freund, als Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt, in seiner Praxis erklärt hat, daß mündliche Ermahnungen für ihn keine Bedeutung haben, forderte der Arbeiterrat von Dr. v. Golz eine schriftliche Erklärung der Verzichtleistung. Dr. v. Golz richtete die Frage an den Arbeiterrat, was geschähe, wenn er nicht unterschreibe. Der Arbeiterrat erklärte darauf, daß bei der Erregung der Patienten und Angehörigen er jede Verantwortung ablehnen müsse.

Es muß für die gesamte Öffentlichkeit klar sein, daß nach einem solchen Verhalten Dr. v. Golz sich als Anstaltsleiter für die Anstalt in Beeskow unmöglich gemacht hat.

In der Verhandlung mit dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin und dem Vollzugsrat wurde dann auch von Dr. Freund die Erklärung abgegeben, daß die Truppen sofort zurückgezogen werden und auch eine Maßregelung des Personals nicht erfolgen solle. Trotzdem müssen wir feststellen, daß die Truppen zur Zeit noch in den Heilstätten von Beeskow einquartiert sind. Des weiteren wurde die Schwester Porzsch freilos entlassen, und zwar trug die Entlassung die Unterschrift von Dr. Freund.

Der Zentralrat für die Regierung, gegen die Räte!

Der Zentralrat der deutschen Sozialistischen Republik (geleitet von Max Cohen) tritt mit:

Im Auftrage des Reichsarbeitsministers hat den Zentralrat eine Konferenz mit Vertretern von Betriebsräten des ganzen Reichs zur Besprechung des Geschehens über die Betriebsräte einberufen. Diese Konferenz, deren Teilnehmer aus 15 Mitgliedern der R.S.P.D., 9 Mitgliedern der S.P.D. und einem Mitglied der A.P.D. zusammensetzten, tagte vom 9. bis 10. Juli. Eine Verständigung über den Geschehensverlauf kam nicht zustande, da die Konferenz als Mindestforderung das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen Angelegenheiten des Betriebes verlangte, das von der Regierung nicht zugestanden werden konnte.

Vollkommen verkannt wurde von der Konferenz der Sinn des ganzen Geschehens, das die Rechte derjenigen Arbeitervertreter (Betriebsräte) regeln soll, die die Berufsinteressen der Arbeiter innerhalb der Betriebe wahrzunehmen haben. Es handelt sich also bei diesem Entwurf keineswegs um ein Gesetz, das die Rechte derjenigen Arbeitervertreter (Betriebsräte) regelt, die die Arbeiter in der Produktion vertreten und die Produktion im sozialistischen Sinne umgestalten sollen. Diese Aufgabe bleibt der weiteren Gesetzgebung vorbehalten. Weil die Konferenz sich nicht dazu entschließen konnte, diese zwei Dinge auseinander zu halten und sie bei dem vorläufigen Geschehensverlauf bereits die Rechte der zweiten Gruppe der Arbeiterklasse regeln zu müssen glaubte, ist die Beschlüsse erzwungen worden. Inzwischen wird der dritte Teil

der deutschen Arbeiterschaft versehen, daß die entsprechende Bestimmung eines Unternehmens unmöglich ist, wenn jeder einzelne dieser Angelegenheiten erst in einer vielköpfigen (aus Betriebsräten und Betriebsleitungen zusammengesetzten) Versammlung besprochen werden soll, bevor sie ihre Erledigung finden kann; eine solche Methode würde der Loh jeder rationalen Betriebsführung sein.

Zur Klarstellung für die Öffentlichkeit sei außerdem noch hinzugefügt, daß der erste Geschehensverlauf über die Betriebsräte bereits durch eine zweite Fassung ersetzt worden ist, in der besonders den von der Arbeitnehmerseite vorgebrachten Wünschen in größerem Maße Rechnung getragen wurde.

Eine Erklärung der Jugend.

Von den unterzeichneten Jugendorganisationen wird und folgende Erklärung abgegeben:

Die rechtssozialistische Partei treibt mit dem Zentrum um die Schule Streithandel. Unbedenklich macht man den Geist und seine Entfaltung, die Jugend und ihre Seele zum Gegenstand eines parlamentarischen Geschäftes. Man glaubt das Problem der Schule, den Angelpunkt des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher, geistiger und politischer Revolution aus der Welt schaffen zu können durch faule Kompromisse mit reaktionären Mächten, denen man sich ausgeliefert hat.

Unsere Organisationen, deren Ziel die freie, weltliche, jugendgemäße Arbeitsschule ist, erheben schärfsten Protest gegen das geplante Kompromiß, das sie als einen Verrat an der Jugend, am Geiste, an der Revolution und an der Sache des Sozialismus betrachten.

Ihnen ist Religion Sache des Einzelnen, Sache von Gemeinschaften, niemals Angelegenheit des Staates. Es war versprochen worden, das Gewissen des Volkes und seiner Jugend von staatlicher Unterdrückung zu befreien. Jetzt opfert man dieses Versprechen einer augenblicklichen parlamentarischen Koalition.

Freie Hochschulgemeinde für Proletarier,
Jugendbund Kurland,
Bund zur Verwirklichung der Jugendrechte.

Der Kampf um die „Bremer Bürgerzeitung“.

Am Mittwoch fand in Bremen ein Prozeß gegen fünf Mitglieder des früheren Arbeiterrates und zwei frühere Sozialdemokraten wegen „gewalttätiger Fortnahme der Bremer Bürgerzeitung“ am 21. Dezember 1918 statt. Das Blatt war bis zum Januar 1917 unter Leitung des Genossen Alfred Henke das Organ der unabhängigen Sozialdemokratie, bis der jetzige Reichspräsident Ebert als Beauftragter des rechtssozialistischen Parteivorstandes durch einen Willkürakt Henke seines Amtes entsetzte, eine rechtssozialistische Redaktion einsetzte und so die Leser des Blattes kurzer Hand vergewaltigte. Nach Beginn der Revolution wollten die Bremer Arbeiter natürlich das ihnen auf solche Weise entzogene Blatt wiedergewinnen; es besetzte daher eine Anzahl Mitglieder des damaligen Arbeiter- und Soldatenrates die Zeitung. Wegen dieses Vorganges wurde ihnen jetzt auf schon beschriebene Weise der Prozeß gemacht. Es ist bezeichnend, daß, obwohl der Staatsanwalt selber die Freisprechung sämtlicher Angeklagten beantragt hatte, das Gericht sie trotzdem wegen Missetat zu Gefängnisstrafen von 1 bis 8 Monaten verurteilt hat.

Sobald ein genauer Bericht der Verhandlung und die Begründung des Urteils vorliegt, werden wir uns noch ausführlicher zu dem Prozeß äußern.

Demonstration von Lazarettinsassen.

Frankfurt a. M., 11. Juli.

Nach einer Protestversammlung gegen die Festnahme von Vertrauensleuten der Lazarettinsassen in Wiesbaden gegen die Lazarettinsassen von Frankfurt am Main, die die Lazarettinsassen von Frankfurt am Main in Wiesbaden und dort die Freilassung ihrer Vertrauensleute in Wiesbaden. Da der Abschnittskommandeur in dieser Sache nichts tun kann und bisher das Generalkommando in Bad Nauheim telefonisch nicht zu erreichen war, führten die Lazarettinsassen den Abschnittskommandeur und seinen Adjutanten im Automobil fort. Sie beabsichtigen, beide Offiziere solange als Geiseln in Haft zu halten, bis die Vertrauensleute der Lazarettinsassen in Wiesbaden wieder in Freiheit gesetzt sind.

Ein Geständnis im Mordprozeß Klüber.

Kassel (Saale), 11. Juli.

Wie die „Hollische Zeitung“ von zuverlässiger Seite erfährt, hat der Kriegsdienst Otto Bauer, der im Prozeß gegen die Mörder des Oberleutnants von Klüber als einziger zum Tode verurteilt worden war, im Gefängnis die Tat, deren er beschuldig ist, voll eingestanden.

Die Finanzlage Italiens.

Rom, 11. Juli (Stefan).

In der Kammer legte der Finanzminister dar, daß im Jahre 1918/19 die wirklichen Ausgaben 32 Milliarden 659 Millionen und die wirklichen Einnahmen 8 Milliarden 462 Millionen gegen 4 Milliarden 419 Millionen im Vorjahre betragen. Der Fehlbetrag wird teilweise durch Anleihen, teilweise durch Mittel des Schatzes gedeckt werden. Die Schuld Italiens ist von 13 Milliarden auf 19 Milliarden gestiegen. Die Kriegsausgaben übersteigen 90 Milliarden. Der Minister sagte, daß die für Wiedererstattungen geforderten Summen genügen werden, um die äußere Schuld zu bezahlen. Die Steuern haben sich um 3 1/2 Milliarden erhöht. Es ist eine außerordentliche Steuer für alle Vermögen von durchschnittlich 15 v. H. notwendig, von der die kleinen Vermögen ausgenommen werden.

Die Palästinafrage.

Berlin, 11. Juli.

Aus Paris wird betreffs der Palästinafrage vom Vorkommnis der Delegation der jüdischen Nationalräte gemeldet, daß jener, der zur Zeit der Unterzeichnung des Friedensvertrages in Palästina wohnt oder im Laufe der nächsten zwei Jahre dorthin einwandert und keine andere Deklaration abgeben wird, von England geschützter palästinaischer Bürger wird werden. Für die palästinaischen Bürger gilt diese „Protektion“ auch im Ausland. Ausländer, jüdische Gesellschaften ausgenommen, dürfen in Palästina nicht mehr als 10 Morgen Boden besitzen. Die Verwaltung ruht in Händen der englischen Regierung, die jedoch zum großen Teil jüdische Beamte, die dem jüdischen Volk benehmen werden können, einsetzt.

Ledebour

Das 21. bis 30. Tausend ist soeben erschienen!

Preis 75 Pfennig

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, c. o. m. b. h., Berlin NW 6
Abteilung Buchhandel, Schötenstraße 10

Der Berliner Verkehrsstreit.

Die Verhandlungen zur Beilegung des Verkehrsstreiks haben Donnerstag nachmittag um 6 Uhr im Direktionsgebäude der Großen Berliner Straßenbahn am Potsdamer Platz begonnen. Die Unternehmer haben sich nach langem Zögern auf Drängen des Vollzugsrats zu Verhandlungen bereit erklärt, an denen die Vertreter der Unternehmer, ein Vertreter des Zentralvorstandes des Transportarbeiterverbandes, ein Vertreter vom Metallarbeiterverband und vier Mitglieder der Streikleitung teilnahmen.

Der Vollzugsrat hat im Laufe der letzten Tage von den verschiedensten Großbetrieben die Mitteilung erhalten, daß die Arbeiterkraft aufs äußerste erdittert sei über das Verhalten der Arbeitgeber, und daß sie von dem Vollzugsrat veranlaßt, Maßnahmen zu treffen, um eine Sympathieklärung der Berliner Arbeiterschaft herbeizuführen. So wird uns a. B. von der Firma Stoll folgendes mitgeteilt:

Die Funktionäre der Firma Stoll-Mariensfelde, die 3000 Arbeiter vertreten, sprechen den Verkehrsarbeitern im Auftrag der gesamten Arbeiterkraft des Werkes ihre volle Sympathie aus. Im Gegensatz zu den Anschlüssen des Bürgerrates versichern die Arbeiter den Verkehrsarbeitern ihre volle Unterstützung und versprechen ihnen auch dieselbe, wenn sie noch so hoch und zu Fuß ihre Arbeitsstätte aufsuchen müssen und selbst einen finanziellen Schaden dadurch erleiden sollten. Der Vollzugsrat der Großen Berliner Arbeiterkraft wird aufgefordert, eine Sammlung zur finanziellen Unterstützung der Verkehrsarbeiter zu veranstalten und sofort in die Wege zu leiten.

Ähnliche Erklärungen sind von den Werken in Oberhavelnieder und anderen Großbetrieben Berlins eingegangen.

Die Lage scheint nunmehr, wie B. L. W. mitteilt, soweit geklärt zu sein, daß auf beiden Seiten der Wille besteht, direkt miteinander zu verhandeln. Gestern vormittag hatten die Streikleitung wie auch Baurat Otto von der Großen Berliner Verhandlungen mit dem Zentralvorstand des Transportarbeiterverbandes, Heine vormittag dürften die direkten Verhandlungen beginnen.

Wärendienste der antibolschewistischen Liga.

Dem reaktionären Berliner Bürgerrat hat sich jetzt die berüchtigte antibolschewistische Liga hinzugesellt, um ihrerseits die Berliner Weiblichkeit gegen die freilebenden Verkehrsangestellten mobil zu machen. Sie läßt auf den Straßen ein Flugblatt verbreiten, das in der wüßtesten Weise gegen den einseitigen Verkehrsstreit hetzt. Natürlich ist es bei dem Großkapital Verkehrsstreit heftig. Natürlich ist es bei dem Großkapital Verkehrsstreit heftig. Natürlich ist es bei dem Großkapital Verkehrsstreit heftig.

Dadurch, daß ausgerechnet die antibolschewistische Liga auf den Plan tritt und zu dem Verkehrsarbeiterstreik Stellung nimmt, hat sie ihren großkapitalistischen Auftraggebern nur einen Wärendienst geleistet. Die Tätigkeit dieser Gesellschaft ist denn doch zu anständig, als daß ein anständiger Mensch ihren Proferenzen noch irgendwelchen Wert beimessen würde.

Auch eine Verächtigung.

Die Eisenbahndirektion ersucht uns zu dem in Nr. 318 unter der Überschrift „Massenentlassungen bei der Eisenbahn“ abgedruckten Aufsatz um Aufnahme nachstehender Verächtigung:

Es ist nicht richtig, daß Massenentlassungen stattgefunden haben. Richtig ist, daß nicht allein in der Hauptwerkstätte Kempelhof, sondern auch an allen Stellen die Beamten, Hilfsbeamten und Arbeiter entlassen wurden, die der Anwesenheit des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten entgegen den Dienst bis spätestens Donnerstag, den 3. Juli, nicht wieder aufgenommen hatten. Hierbei handelt es sich um eine im Verhältnis zur Gesamtzahl nur sehr geringe Zahl von Bediensteten. Es wird sehr geprüft, ob in dem einen oder anderen Falle die Betroffenen begründen können, daß sie tatsächlich behindert waren, die Anweisung nachzukommen. Danach wird über eine etwaige Wiederentlassung entschieden werden. Es ist richtig, daß der Arbeiter Hoffmann wegen Weisidigung des Herrn Ministers Oeser entlassen wurde. Es trifft nicht zu, daß Betriebsversammlungen von dem Herrn Präsidenten nicht genehmigt werden müssen. Wichtig dagegen ist, daß solche Versammlungen während der Arbeitszeit nur nach Zustimmung des Aufsichtsrates unter Vorsitz des Lohnrats stattfinden. Die gleichen Maßnahmen haben die Privatwerke getroffen.

Die Verächtigung behauptet und ergänzt im großen ganzen unsere Behauptungen.

Der Prozeß gegen Mühsam und Genossen.

München, 11. Juli 1919.

Wenig nach Eröffnung der heutigen Sitzung nahm Staatsanwalt Appelman das Wort zur Vertretung der Anklage. Einleitend erklärt er, daß der Verzicht der Angeklagten mihlungen sei, nachzuweisen, daß Militärminister Schneppenbeck und andere Minister sich für die Räterepublik ausgesprochen hätten. Der Ministerparagraf besteht zu Recht; er könnte nur durch Reichsgesetz geändert werden. Es ist aber gut, daß wir diesen Paragrafen noch haben und anwenden können, wenn derartige verbrecherische Eingriffe in das Staatswesen gemacht werden. Der Angeklagte Erich Mühsam gibt seine Teilnahme an der Räterepublik zu, sucht aber durch allerhand Aniffe und Pfiffköleien um die Strafe herumzukommen. Mühsam ist eine revolutionäre Natur der allerradikalsten Art.

Er ist jederzeit dabei, wo es gilt, einen Butsch zu machen. Er hat auch die Eigenschaft, daß er nie mit einer Revolution zufrieden ist, weil sie immer nie weit genug geht. Wichtig ist es, daß er sich von Dr. Wadler unterscheidet und immer konsequent in seiner Haltung gewesen ist. Die Annahme der Anklage, daß Mühsam für seine Tätigkeit im Zentralrat eine Bezahlung erhalten hat, hat sich als unrichtig erwiesen. Im Gegensatz zur Anklage nimmt der Staatsanwalt bei Mühsam nicht mehr Mithäterschaft, sondern nur Beihilfe zum Hochverrat an. In der Räterepublik hat er keine leitende Stellung eingenommen, das ist von ausschlaggebender Bedeutung. Er hat lediglich mit Rat und Tat und durch sein energisches Eingreifen den anderen Beihilfe geleistet. Ich beantrage daher, daß Mühsam zu sprechen der Beihilfe zum Hochverrat. Was die Beihilfe angeht, so sind milde Umstände bei

Mühsam vollkommen ausgeschlossen, da die Anklagen, die er hier entwickelt hat, diejenigen einer verbrecherischen Natur sind und nicht die eines Phantasten und sonderlichen Idealisten. Er ist der geborene Doppelagent. Er hat die Behauptung aufgestellt, daß die besten Elemente des deutschen Volkes im Justizhaus verkommen. Er hat das deutsche Volk besudelt mit dem Ausspruch: So weit die deutsche Junge Klingt, reicht die deutsche Charakterlosigkeit. Er bleibt die größte Gefahr für jedes staatliche Gemeinwesen, somit verdient er keine milde Umstände. Es ist vielmehr bei ihm ehrlöse Festsetzung festzustellen.

Mein Antrag geht dahin, den Angeklagten Erich Mühsam unter Verjagung mildernden Umstände wegen Beihilfe zum Hochverrat zu zehn Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren zu verurteilen.

Der zweite Hauptangeklagte Rechtsanwalt Dr. Wadler hat zwar die Räterepublik für verrückt gehalten, hatte aber erklärt, wenn sie proklamiert wird, mache er mit. Auch bei ihm ist nur Beihilfe anzunehmen. Was zur Revolution nahm er eine Haltung an, die ihn in den Ruf eines Alldenkens brachte. Dieser Mann tritt ausgerechnet in einem Zeitpunkt, wo es zur Revolution kommt, auf dem radikalfesten Flügel auf. Es ist nicht zusammenzureimen, wie er jetzt mit einmalem sein Sozialisensbezug und seine Fürsorge für das Proletariat entdeckt hat, während er bisher für Zwangsdeportationen eintrat. Während des Krieges hatte er die Interessen der Großindustrie wahrgenommen und jetzt kennt er nur die des Proletariats. Er war Beamter der Regierung Hoffmann und hat den Treueid gebrochen. Auch er hat für Entlassung des Panzerregiments gestimmt. Es kann daher keine Rede von mildernden Umständen sein. Auch bei ihm ist ehrlöse Gewinnung festzustellen.

Ich beantrage gegen ihn die gleiche Strafe wie gegen Mühsam von zehn Jahren Zuchthaus und Ehrverlust. Der Staatsanwalt beantragte weiterhin gegen die übrigen Angeklagten wegen Beihilfe zum Hochverrat unter Jubilation mildernden Umstände Strafen von 2 Jahren Gefängnis und 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. In einem Falle beantragte er Freisprechung, bei einem anderen Angeklagten wegen vorbereitender Handlungen zum Hochverrat 3 Monate Gefängnis.

Der Verteidiger des Angeklagten Mühsam, Rechtsanwalt Wanhöfer, wandte sich sehr scharf gegen die Auslassungen des Staatsanwalts über Mühsam und verlangte dessen Freisprechung. Nach einer längeren Pause mocht der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Anton Gähler längere rechtliche Ausführungen gegen dieses Verfahren. Er wandte sich besonders scharf gegen die bisherige Rechtsprechung des Landgerichts

und erhob erneuten Einspruch gegen die Zuständigkeit desselben. Der Angeklagte Mühsam habe mit keinem Einspruch bei Beginn der Verhandlungen Recht gehabt. Das Landrecht sei in Bayern ungeschichtlich. Nach der Verordnung über die Festsetzung des Strafrechts in Bayern heiße es: Das Strafrecht werde über das rechtsrheinische Bayern verhängt, aber das der Kriegszustand noch besteht. Dieser Zusatz klinge wie eine Entschuldigung, denn jeht laufende Verordnungen auf Grund des Kriegszustandes seien während des Krieges ohne diesen Zusatz erlassen worden.

Der Belagerungszustand, der identisch sei mit dem Kriegszustand in Bayern, sei durch Verordnung der Volksbeauftragten vom 12. November für Deutschland aufgehoben. Die Aufhebung der Militärkassation war mit einer der Gründe für die Revolution. Er heiße die Revolution ins Groteske verzerrten, wenn man annehmen wolle, ein Mann wie Kurt Eisner habe den Kriegszustand, gegen den jeder sich ganz besonders gewandt habe, bestehen lassen wollen. Wenn die Revolution so grundlegende Gesetze wie die Verfassung aufheben kann, dann sei es widersprechend, daß sie vor einer Verordnung haltmachen müsse. Ferner müsse er auf dem Standpunkt bestehen, daß der Hochverratsparagraf nicht mehr in Geltung sei; obwohl er im Verbindungsprozeß mit diesem Einspruch keinen Erfolg gehabt, wiederhole er diesen Einspruch von neuem. Deshalb könne dieser Paragraf auf keinen Fall in diesem Strafprozeß angewandt werden.

Das Urteil wird voraussichtlich erst morgen mittag gefällt werden.

Preussische Landesversammlung.

Stürmische Eisenbahnerdebatte.

Die zweite Lesung eines Eisenbahnergesetzes führte gestern zu einer lebhaften Eisenbahnerdebatte.

Eisenbahnminister Oeser führte zur Vorlage aus, die gestiegenen Preise erfordern höhere Ausgaben für in Auftrag gegebene Arbeiten. Daher die Reformforderungen von 113 Millionen. Es werde nicht die letzte sein. Eisenbahnbauten würden auf das äußerste eingeschränkt werden. Dann ging er auf die Maßnahmen ein, die zur Verbilligung der Eisenbahnen getroffen worden seien. Nachdem die Lebensmittelpreise gesenkt worden sind, würden die großen Heeres- und Marinebestände zu billigen Preisen abgegeben werden. 61 Millionen Meter Kleiderstoffe, Schuhe usw. seien vorhanden. Kinderreiche Familien würden bevorzugt werden. Er gebe zu, daß die Eisenbahner während des Krieges schlechter gestellt waren, als andere Berufsgruppen, und Lebensmittelpreise seien erst bewilligt worden, nachdem die Not aufs höchste gestiegen war. Um einen Ausgleich zu schaffen, sollen auch noch Senkung der Lebensmittelpreise der bedrückenden Wöhne und Anhalten der Gehaltsstände werden — soweit die finanzielle Lage es gestattet. Er, der Minister, stehe auf dem Boden der Demokratie. Jeder solle die Möglichkeit haben, die ganze Staatsleiter bis zu den höchsten Stellen zu durchlaufen. Er wünsche, daß demokratischer Geist das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen erfülle. Die Betriebsräte würden nach dem Reichsgesetz eingeführt werden, wie es die Eigenart des Eisenbahnbetriebs erfordere.

Der „Demokrat“ Riedel legte dar, für die Eisenbahner gäbe es kein Streikrecht. Die Eisenbahner seien zu politischen Zwecken mißbraucht worden. Dann wiederholte er die von uns bereits früher richtiggestellten hollösen Behauptungen gegen Genossen Paul Hoffmann.

Paul Hoffmann (U. S. V.) setzte sich zunächst kritisch mit der Vorlage auseinander. Er forderte sofortige Inangriffnahme unbedingt notwendiger Bauarbeiten, um die Arbeitslosigkeit zu mindern. Dann fragte er bei der Regierung an, weshalb sie erst jetzt, wo bei Aufhebung der Blockade Zustuf von Waren zu erwarten ist, die Heeresbestände freigebe und nicht als die Rat am höchsten war. Eine Antwort ist nicht erfolgt. Danach beschäftigte er sich mit dem Abg. Riedel, der sich schon früher, als die Richterberger Schauerwägen während der Märzunruhen eine Rolle spielten, den Schandnamen „Lügenriemel“ voll und ganz verdient hatte. Genosse Hoffmann wies nach, in welcher arbeitgeberfeindlichen Weise Lügenriemel gegen die Eisenbahner gehebt, die Regierung zu dem brutalen Vorgehen scharf gemacht hat. Er wies diesem Manne nach, daß er Ausfagen von Belastungszeugen gegen sich hören — im Untersuchungsaudienz in Abwesenheit Gehör gemacht — als schreckliche Talsachen an die Presse gegeben hat. Weiter dachte er das erbärmliche Doppelspiel der sogenannten Eisenbahnervertreter auf. Im Ausschuss, hinter verschlossenen Türen, hielten diese Leute den Kasse-Erlaß und die Regierungshaltung aus. Vor der Öffentlichkeit mimten sie jedoch die unumwandelbaren Interessenvertreter der Eisenbahner. Besonders der rechtssozialistische Vertreter des Eisenbahnerverbandes, Verbandes habe sich dabei unheimlich ausgezeichnet. Dieser ging sogar soweit, zu fordern, daß die Arbeitslosigkeit geschuldi werden müßten. Genosse Hoffmann forderte, man möge bei den

Kasse-Erlaß sparen, um die vom Minister gegebene Kollage der Eisenbahner zu befestigen. Er forderte weiter volle Durchführung des Wählbestimmungsrechts durch Anrechnung des Wahlrechts.

Der Rechtsfugel Riedel legte den hoffnungslosen Versuch, die schweren Anschuldigungen, die Genosse Hoffmann erhoben hatte, zu erschüttern, indem er die falschen Behauptungen Lügenriemels noch zu überdecken trachtete.

Zwischen Genossen Wöhe und dem Präsidenten kam es sonst zu einem bestigen Zusammenstoß. Wöhe bezeichnete die Behauptung Riedels ihm gegenüber, er habe als Reichsreisender in einer Eisenbahnerversammlung zum Zweck gehebt, mit dem einiglichen Namen als Lüge und Verleumdung und zog sich hierbei nebenbei drei Ordnungsrufe zu. Es fehlte nur, Riedel — ausgerechnet Schmutz — hätte ihn mit Gewalt aus dem Saale entfernen lassen.

Riedel erklärte, der Name „Lügenriemel“ sei ihm ein Ehrenname. Demokratenweil!

Konservative Heuschickel.

Die Deutschnationale Volkspartei hatte in der Provinzial-Landtagsversammlung eine Anfrage an die Regierung gestellt über die Gewandstücke, nach denen bei der Einstellung und Entlassung von Staatsbeamten vorgefahren werde. Der Oberpräsident Dr. von Richter-Hannover machte in seiner Begründung der gegenwärtigen Regierung mit geschickter Weisheit deutlich hervorstechender Heuschickel den Vorwurf, parteipolitische Motive bei der Kernerbelegung maßgebend sein zu lassen. (Unter konservativer Herrschaft kam dies natürlich nie vor.) Herr Heine, der Belagerungszustandsminister, sprach kompromittierend die deutchnationalen Vorzüge eines Heuschickel, eines Heuschickel, eines Heuschickel gebührend hervor und behauptete mit ebenso scharfer Sicht wie von Richter, kein Beamter werde seiner politischen Gesinnung wegen entlassen. Wir können die edlen, einander gleichwertigen Seelen den Kampf um die Güterkette getrost unter sich ausmachen lassen.

Eine andere förmliche Anfrage betraf die Entlassung von Privatbeamten wegen ihrer Tätigkeit im Gemeinwesen. Herr Heine antwortete, die Nachprüfung sozialbürgerlicher Pflichten sei kein Entlassungsgrund, aber es bestehe auch keine Möglichkeit, den Umkehrer zu hindern, aus irgendwelchem anderen Grunde das Berufsverhältnis zu lösen.

Schließlich mußte Herr Leinert zugestehen, daß er nicht geschäftsbildungsgemäß gehandelt habe, als er dem Genossen Wöhe zu einer gewissen persönlichen Bemerkung das Wort nicht erteilte, weil er sich vorher dem Ordnungsrufe ausgesetzt hatte. Er behauptete den Vorfall.

Deutsche Nationalversammlung.

Freitag, den 11. Juli 1919, vorm. 10 Uhr.

Am Regierungstisch: Dohd, Dr. Meuß, Dr. Hell.

Präsident Heerenbach eröffnet die Sitzung 9 Uhr 30 Minuten.

Das Haus erledigt zunächst eine Reihe Anfragen.

Abg. Dellus (Zem.) fordert im Hinblick auf die Wucherpreise für kirchlichen Verkörungen, damit wenigstens die Hartoberte der Bevölkerung zu angemessenen Preisen zugeführt werden kann.

Regierungvertreter Dr. Boverlein stützt aus, daß die kirchlichen Preise zum Teil unter entsprechenden Maßnahmen der Bevölkerung eine Wendung erfahren hätten. Aber die Hartoberte könne noch keine Entschädigung getroffen werden.

Auf eine Anfrage der Frau Abg. Wenke (D. Sp.) über die Gewandstücke im Regierungsbüro sagt Regierungvertreter Untersekretär zu. — Für durch die belgische Besetzung der Rheinlande verursachte Pfände, auf die sich eine Anfrage des Abg. Bergmann (Zem.) bezieht, sagt Regierungvertreter Freiherr von Weiszer als Botschafter Entschädigung zu.

Abg. Dr. Meißer (D. Sp.) beantragt in einer Anfrage die geschäftliche Ausführung der Erinnerungsmedaillen für die Nationalversammlung. Er stellt fest, die weiß-rote Jubiläumsmedaillen zeigt einen roten Baum, der bei gutem Willen des Betrachters die Weisheit erkennen läßt, einen roten Eichbaum, also eine seltene Naturerscheinung, vorzufassen; die braun-blaue Jubiläumsmedaillen zeigt die ebenso merkwürdige Erscheinung blauer Heben oder irgendwelcher blauer Heise, während die grün-weiß-rote Jubiläumsmedaillen zeigt einen roten Baum an Stelle der Germania das Bild eines niederliegenden Jünglings aufweist, der ein einseitig gekleidetes oder Brot enthaltendes Brot auf dem Haupte trägt, während sein linker Fuß von einem niederhängenden Kaskett oder einer Plauerelle bedroht wird. (Anzuerkennende förmliche Heiterkeit im ganzen Hause.)

Ein Vertreter des Reichspostministeriums tritt dazu mit, daß auf die an alle deutschen Künstler ergangene Einladung zu einem Wettbewerf über 4000 Entwürfe, aus München ab in gegen 200. eingegangen seien. (Zahlreiche Zwischenrufe: Da muß auch etwas Bemerkenswertes dabei gewesen sein.) Das aus 15 Herren bestehende Preisgericht habe als Endverfändige neun Künstler aller Richtungen, Paul Ernst Moritz Geier, Walter Crapuz, Julius Kompf, Edgar Klein, Emil Oeltl, Bruno Paul, Max Beckstein, Eduard im Cole aufgewiesen. Als Kunstfachverständiger habe ihn der Direktor des staatlichen Kupferstichkabinetts Dr. Heidenreich angeordnet. (Zuruf: Der muß abgesetzt werden. Große Heiterkeit.) Weiter den Markenschildigen Lindenburg und zwei Postbeamten seien noch die Abg. Reine, Kutsche und Dr. Weiszer Mitglieder des Preisgerichtes gewesen. (Anzuerkennende förmliche Heiterkeit.) Die beteiligten Künstler haben ausdrücklich verlangt, daß keinesfalls andere als die im Vorschlag genannten Marken aufgeführt würden. Die Marken bleiben solange im Besitze, bis neue Marken als Ersatz für die Germaniaeweide herausgegeben werden können. Dafür soll ein neues Ausschreiben erfolgen. (Zuruf: Wer schnell, Große Heiterkeit.)

Darauf wird die

Beratung der Verfassung

fortgesetzt. Sie beginnt mit dem zweiten Hauptteil. (Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen.)

Präsident Heerenbach: Es wäre erwünscht, wenn wir heute wenigstens die beiden ersten Abschnitte dieses Teils (die „Eingruppen und das Gemeinwesen“) erledigen können. Dazu wird aber eine erhebliche Einschränkung der Redelust notwendig sein, und das wird, wie ich aus zahlreichen mir zugegangenen Zuschriften ersehe, auch drinnen im Lande empfunden. Es kommen im ersten Hauptteil Artikel vor, über die man tagelang debattieren könnte: Ich nenne nur die Frage der unehelichen Kinder und die Todesstrafe. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Verfassung sich einiglichen könnte, ein größeres Gewicht auf die Tat der Abmahnung als auf die Länge und Schönheit der Reden zu legen. (Zuruf: Heil und Zustimmung.)

Artikel 107 besagt: „Die Grundrechte und Grundpflichten bilden die Basis der Verfassung und der Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern.“ Abg. Dr. Heine (D. Sp.) legt die schweren Bedenken dar, die dem Staatsrat des Reiches aus der Verfassung gegen die

